

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 4.50 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortverkehr M. 5.—, Fernverkehr M. 5.10 mit Postlohn und Zuschlag

Mittwoch, den 3. Dezember 1919.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 4.50 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortverkehr M. 5.—, Fernverkehr M. 5.10 mit Postlohn und Zuschlag

Eine neue Haftnote Clemenceau's.

Die Antwort Frankreichs auf die deutsche Kriegsgefangenennote.

(W.B.) Berlin, 3. Dez. Dem deutschen Vertreter in Paris ist am 2. Dezember folgende Note zugegangen: „Sie haben am 27. November ein Schreiben über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen an mich gerichtet, das eine Reihe von Behauptungen enthält, deren schneidender Ton nicht ausreicht, um ihre Unrichtigkeit zu verdeutlichen.“

Ganz allgemein hat Deutschland in der Kriegsgefangenenfrage nur ein in dem von ihm unterzeichneten Friedensvertrag formuliertes Recht, nämlich auf Beginn der Heimführung mit dem Tage der Inkraftsetzung des Vertrages, die auf den endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunde folgt. Jede Abweichung von diesen Bestimmungen, die für die Vertragsstelle Gesetz sind, ist eine Vergünstigung. Die Behauptung, die Gefangenen seien schuldlos und für die Kriegsvorgänge nicht verantwortlich, hält übrigens der Prüfung nicht stand.

Ihre Note erklärt, die französische Regierung habe zuerst am 29. August 1919 und später aus Anlaß der deutschen Kohlenlieferungen oder bei Zahlung einer Million an das Rote Kreuz als Sühne für die Ermordung des Sergeanten Mannheim in Berlin bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich der früheren Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen übernommen. Diese dreifache Behauptung entbehrt der Begründung. Niemals ist die französische Regierung eine eigene Verpflichtung in der Frage eingegangen, die zur Zuständigkeit der Gesamtheit der Verbündeten gehört. Die Erklärung vom 29. August, die aus Gründen der Menschlichkeit (?) und nicht gegen etwaige Angelegenheiten von deutscher Seite den Entschluß der Verbündeten verkennt, das Inkrafttreten des Friedensvertrages hinsichtlich der Heimführung der Gefangenen vorzubereiten, ist später erlosch als die Besprechungen über die Kohlenfrage und diejenigen über den Sergeanten Mannheim, die dabei jedenfalls eine vollst. befriedigende Lösung dadurch gefunden haben, daß die französische Regierung der Heimführung zugestimmt hat. Diese Erklärung ist nicht zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung in der Form eines aus Verhandlungen hervorgegangenen Verständens vereinbart worden, es ist dies eine humanitäre Erklärung aller Verbündeten über die Gesamtheit der von ihnen gemachten deutschen Gefangenen.

Die Erklärung verkündet: 1. den sofortigen Beginn der Heimführung... die mögliche Unterbrechung dieser wohlwollenden Politik für den Fall, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht alle die Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand die sie bis zur endgültigen Ratifizierung des Vertrages binden, erfüllen sollten.

Gemäß diesem einseitigen Beschluß der Verbündeten hat die Heimführung sofort begonnen und ist mehrere Monate lang durch die Rückkehr der deutschen Gefangenen aus England, Amerika und Belgien verwirklicht worden.

Wiederum gemäß der Erklärung vom 29. August wurde die Heimführung der Gefangenen eingestellt wegen der Nichterfüllung und der unvollständigen Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstands durch die deutsche Regierung.

Das Korrespondenz und die Drohung, die von der Gesamtheit der Alliierten aus freien Stücken ausgesprochen wurden sind hiernach strikte ausgeschlossen worden.

Durch die Note vom 1. November sind der deutschen Regierung ihre Rechte gegen die beim Waffenstillstand vom 11. November 1918, also gerade vor einem Jahr, übernommenen Verpflichtungen vorbehalten worden. Sie wurde von den Maßnahmen und Strafen unterrichtet, die vorgeesehen sind, um die vollkommene Durchführung der im Friedensvertrag nicht erneuerten Waffenstillstandsbedingungen zu sichern. Die französische Regierung verleiht keine auf die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen gestützte Politik und bedient sich ihrer nicht als Druckmittel. Sie hält sich lediglich an die Bestimmungen des Vertrags und wenn die im Monat August einseitigen wohlwollenden Maßnahmen nicht bis zu Ende durchgeführt wurden, so ist dies ausschließlich auf die Verletzung der deutschen Regierung gegen ihre eigenen Verpflichtungen zurückzuführen.

Die Verantwortlichkeit Deutschland für die Verzögerung in der Heimführung der Gefangenen ergibt sich unmittelbar und schlagend aus der Tatsache, daß auf die Note der Alliierten vom 1. November keine Antwort erteilt wurde und daß die deutschen Vertreter, nachdem sie zur Beendigung der Arbeit der zur Ausführung des Friedensvertrages eingesetzten Kommissionen nach Paris entsandt waren, zwei Tage nach ihrer Ankunft wieder nach Berlin

zurückberufen wurden, obwohl das Datum und das Verfahren für die Prüfung der aufgeworfenen Fragen im Einklang mit diesen Delegierten festgesetzt worden waren.

Die deutsche Regierung ist es, die sich der Frage der Kriegsgefangenen zur Erregung der deutschen öffentlichen Meinung gegen die Alliierten und ganz besonders gegen Frankreich zu bedienen sucht. Dies wird durch die Tatsache erwiesen, daß die Konferenz die Ratifikation und die Inkraftsetzung des Friedensvertrages, der auch für den Zeitpunkt der demnächstigen Rückkehr der Gefangenen maßgebend ist, auf den 1. Dezember festgesetzt hatte. Anstatt sich an den in Aussicht genommenen Abschlusshandlungen zu beteiligen, hat die deutsche Regierung eine dilatorische Haltung eingenommen und in einem unerträglichen Ton eine Erörterung über die Heimführung der Gefangenen eröffnet, obwohl es in ihrer Macht stand, daß diese soeben nach Ende vorigen Monats, nach wenigen Tagen, heimkehrten. Der hinhaltende Charakter dieses Vorgehens und die in der Ratifikation durch das eigene Verschulden Deutschlands eingetretene Verzögerung lassen die volle Verantwortung für das Verbleiben der Gefangenen in Frankreich, wo sie übrigens nicht nur human, sondern mit Wohlwollen behandelt werden, auf Deutschland zurückfallen.

Ohne weder auf die im übrigen der Nichterfüllung bedürftigen Verteidigungsversuche hinsichtlich Schleswigs und Ober-Schlesiens, auf die Frage der holländischen Provinzen (wo Deutschland sich erst auf starken Zwang hin zur teilweisen Erfüllung seiner Verpflichtungen verstanden hat), noch auf Artikel 61 der Verfassung, der bis zum heutigen Tag noch nicht aufgehoben ist (wartet doch die deutsche Regierung stets den letzten Augenblick und einen moralischen oder tatsächlichen Zwang ab, ehe sie ihren Verpflichtungen nachkommt), noch schließlich auf die lächerliche Behauptung einzugehen, daß Deutschland auf seine Propaganda verzichtet habe (von der die Alliierten so viele unzweifelhafte Beweise besitzen), will ich mich nur mit der Frage der Auslieferung der Schuldigen beschäftigen.

Die Deutschen leugnen selbst nicht, daß zahlreiche Verbrechen begangen worden sind und daß das sittliche Gefühl der Welt verletzt wäre, wenn die Verbrecher, deren Urheber bekannt sind, ungeahndet blieben.

Kein Mensch, der durch die nördlichen Teile Frankreichs und Belgiens kommt und mit eigenem Auge sieht, wie Provinzen planmäßig verwüstet, alle Industrieanlagen dem Boden gleich gemacht, die Wohnstätten mit methodischer Wildheit in Schutt verwanbelt, alle Obstbäume 1 Meter über dem Boden durchgesägt, die Bergwerke gestreut und zerstört, die menschliche Arbeit ganzer Jahrhunderte hinfällig (?) vernichtet ist kann das Zögern Deutschlands begreifen, sich mit der Wiederaufnahme dieser Fregel abzugeben. Wenn derselbe unparteiische Beobachter dann aus dem Munde der Bewohner hört, welche Behandlung sie vier Jahre hindurch ertragen haben, welche abscheulichen Gewalttaten und Zwangsmittel (?) gegen Mädchen angewandt wurden, die in unerhörter Weise von ihren Familien getrennt worden waren, könnte er seine Entrüstung über die Stellungnahme Deutschlands und den anmaßenden Ton seiner Note nicht zurückhalten. Die Alliierten sind aufs höchste erstaunt zu sehen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich noch jetzt der deutschen Verantwortlichkeit so wenig bewußt ist und nicht selbst die gerechte Bestrafung der begangenen Verbrechen fordert, daß ferner die Verbrecher weder Mut noch Vaterlandsliebe genug besitzen, um freiwillig dem verdienten Urteil entgegenzuehen, ihre Handlungen vor Gericht zu verteidigen und ihrem Lande die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu erleichtern.

Solange das deutsche Gewissen nicht, was die ganze Welt berechtigt, einsieht, daß das Unrecht wieder gut gemacht werden muß und die Verbrecher ihre Strafe finden müssen, darf Deutschland nicht erwarten, daß es in die Gesellschaft der Völker wieder eintreten kann, noch bei den Alliierten Verzeihung für seiner Vergehen und Wiederrückkehr der gerechten Friedensbedingungen erlangen wird. Genehmigen Sie usw. (gez.) Clemenceau.

Zur Wiederaufbaufrage.

Berlin, 3. Dez. Mit der Wiederaufbaufrage und der Möglichkeit deutscher Beteiligung beschäftigt sich die „Deutsche Wg. Btg.“. Sie sagt: Aus den Ausführungen des Ministers Geiser geht hervor, daß die französische Regierung offenbar nicht die Absicht hat, von uns in nennenswertem Umfang Arbeiter für Nordfrankreich zu fordern, obwohl wir hierzu bereit waren und sind. Auf französischer Seite bestehen Bedenken, nicht etwa gegen das Können unserer Arbeiter, wohl aber gegen ihre Genügsamkeit und den bei ihnen befürchteten Bolschewismus. Da es sich in der Hauptsache

um reine Erdarbeiten handelt, für die auch früher in Deutschland ausländische Arbeiter herangezogen wurden, so wird der Hinweis auf italienische und polnische Kräfte den Fachmann nicht überraschen. Es bleibt dennoch ein großes Tätigkeitsfeld übrig, nämlich die Herstellung und Einrichtung von Baukonstruktionen, Fabrikanlagen, innerer Ausrüstung von Fabriken mit Kraft- und Werkzeugmaschinen. Diese Arbeiten werden allerdings hauptsächlich in Deutschland selbst zu verrichten sein, jedoch in Nordfrankreich nur Montagelohnen in Frage kommen. Aber es ist nicht gesagt, daß Frankreich nicht eines Tages noch ein Arbeiterheer von uns fordern könnte, wahrscheinlich indessen ist das jetzt nicht mehr.

Die Auffassung Englands über die neuen Entschädigungsforderungen der Entente.

(W.B.) Amsterdam, 1. Dez. „Telegraaf“ meldet aus London: Das offizielle Regierungsorgan „D. Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel zu der deutschen Weigerung mit Bezug auf die Forderung der Alliierten wegen der Versenkung der deutschen Schiffe in Scapa Flow, man könne sich nicht vorstellen, daß die alliierten und assoziierten Mächte auf den deutschen Vorschlag, die Angelegenheit dem Haager Schiedsgerichte zu überweisen, eingehen werden. Dieser Vorschlag erfolgte auf eine ganz verkehrte Auffassung über die Beziehungen zwischen den Parteien hin. Abgesehen davon, daß kein stellvertretendes Haager Schiedsgericht zusammengestellt werden könne, da die Zahl der neutralen Staaten bei Beendigung des Krieges sehr gering sei, handele es sich hierbei nicht um eine Frage wie zwischen gleichberechtigten friedlichen Parteien, sondern zwischen Siegern und Besiegten im Weltkriege. Der Friede sei noch nicht ratifiziert, und als sich der Zwischenfall von Scapa Flow ereignet habe, sei der Friede noch nicht unterzeichnet gewesen. Deutschlands Vorschlag sei ein neuer Versuch, die Lage zu seinem Vorteil falsch auszulagern und seine Feinde auf einen Boden zu locken, auf den sich die Staatsmänner der Alliierten nicht ohne ernstlichen Schaden, für die ihnen anvertrauten Interessen ergeben könnten. Etwas anderes sei die Frage, ob Deutschland eine besondere Entschädigung auferlegt werden solle oder nicht. Wenn Deutschland in der Lage sei, zu beweisen, daß infolge der Gründe, die die alliierten und assoziierten Mächte in Betracht zogen, die Erfüllung von Forderungen Deutschland mehr schaden lasse und seinem Wiederaufbau, dessen es bedürfe, mehr hindere, als beabsichtigt sei, dann würden die alliierten Mächte sowohl bereit sein, einige Einzelheiten, bei denen Deutschland dieses Erfordernis stellt, zu revidieren. Der Artikel schließt: Es ist sonderbar, wie langsam sich die deutschen Staatsmänner die alten Dummheiten abgewöhnen. — (Wie das W.B. hierzu von zuständiger Seite erfährt, erscheint das Argument der englischen Zeitung, der Friede sei noch nicht unterzeichnet gewesen, ganz unverständlich. Es handelte sich um eine angebliche Verletzung des Waffenstillstandsabkommens, die uns vorgeworfen wird. Aus der kurzen Meldung ist nicht ersichtlich, was durch diesen Hinweis auf die Nichtunterzeichnung bewiesen werden soll.)

Der wahre Grund

Die deutsche Antwort auf die Gefangenennote der Entente, in welcher die Unterstellung zurückgewiesen wird, als habe Deutschland die Durchführung der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen hintertrieben und in welcher dagegen Protest erhoben wird, daß die Rückgabe der Gefangenen seitens Frankreichs von der restlosen Erfüllung dieser Bedingungen und neuer ungerechtfertigter Forderungen abhängig gemacht werden soll, hat die Welt Clemenceaus zur Raserei gesteigert, einmal weil Deutschland es wagt, sich den Erdrosselungsabsichten der Entente zu widersetzen, zum andern, weil man seine heuchlerischen Nebensarten wieder einmal entlarvt hatte. Die deutsche Regierung hatte nachgewiesen, daß sie alle Forderungen der Entente bezüglich des Waffenstillstands und des Friedensvertrages nach bestem Gewissen zu erfüllen versucht hatte, sie könne aber nicht für Vorfälle wie die in Scapa Flow und im Baltikum verantwortlich gemacht werden. Weiterhin hatte Clemenceau die Verweigerung der Rückgabe der deutschen Gefangenen damit begründet, daß das französische Volk es nicht verstehen könne, wenn man die Gefangenen heimlasse, während ein großer Teil seines Landes noch verwüstet sei und ehe die Wiederaufbaufrage geregelt sei. Demgegenüber wird jetzt von offizieller deutscher Seite darauf hingewiesen, daß die Veranlassung der Wiederaufbaufrage mit der Rückgabe der Kriegsgefangenen rechtlich nicht zulässig sei, denn erstens spreche der Friedensvertrag mit keinem Wort von der Heranziehung deutscher Arbeiter zum Wiederaufbau und zweitens habe die deutsche Regierung schon alle möglichen Schritte unter-

nommen, um den Wiederaufbau mit Hilfe deutscher Arbeiter zu fördern, aber vergeblich. Clemenceau aber nimmt jetzt die zerstörten Gebiete wieder zum Vorwand der Begründung der über alles schamlosen Haltung der Franzosen. Mit einem Sadismus, wie er den Franzosen kennzeichnet, wühlt er in den schon lange vernarbten Wunden, die der Krieg Frankreich geschlagen hat, er führt alle militärischen Maßnahmen Deutschlands auf Zerstörungssüchten zurück, und sucht die Welt von der „Unmenslichkeit“ der deutschen Kriegführung zu überzeugen. Und immer wird beim Franzosen die „Bergewaltigung“ der Frauen in den Vordergrund gehoben, ein Zeichen sozialistischer Gefühlsverwirrung. Wir möchten gegenüber diesen Schuldigungen nur auf die Haltung der französischen Besatzungen im besetzten Gebiet hinweisen, die mitten unter einer friedlichen, völlig machtlosen Bevölkerung Bergewaltigungen gemeinster Art zuzuschreiben kommen lassen, wir möchten an die Raub- und Zerstörungssüchtelei der Heere Ludwigs XIV. erinnern, bei denen keine militärischen Beweggründe für die Vernichtungswut der Franzosen maßgebend waren, während die Zerstörung der französischen Gebiete zum großen Teil durch die Artillerie der Alliierten selbst vorangetrieben wurde, und zum andern aus militärischen Gesichtspunkten heraus geschah. Wir erinnern nur an die Zerstörungen, die die Russen selbst in ihrem Rückzug vornahmen, an die Zerstörungen der rumänischen Blouellen durch Engländer, an die Internierung der Burenfrauen, die die Engländer auch mit Kriegsnotwendigkeit beurlaubten. Das deutsche Heer aber mußte dem übermächtigen Feinde jede Gelegenheit nehmen, sich Vorteile in dem von uns verlassenen Gebiete zu verschaffen. Das ist Kriegsgesetz, und das hätten unsere Feinde um kein Haar anders gemacht.

Der wahre Grund für die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen liegt aber ganz wo anders. Wir haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß mit der Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen systematisch durchgeführte Pläne verfaßt werden. Die deutschen Kriegsgefangenen sollen einmal als unentgeltlich arbeitende Sklaven im Aufbaugelände beschäftigt werden, wo man sie unter den Militärgefahren nach allen Regeln französischer Brutalität behandeln bzw. mißhandeln kann, dann aber will man auch versuchen, soviel wie möglich deutsche Kriegsgefangene in Frankreich für immer zurückzubehalten, damit sie den Geburtenrückgang durch Heirat von Französischen aufhalten. Hat doch Clemenceau in beweislichen Tönen bei Empfehlung der Ratifikation des Friedensvertrags gesagt: der ganze schöne Sieg habe keinen Wert, wenn das französische Volk in der Bevölkerungszahl dauernd zurückgehe. Und dann noch eins: die Franzosen werden nicht nur vom Haß, sondern auch von der Furcht beherrscht in ihrer Haltung gegenüber Deutschland. Sie schwebeln dauernd in der furchtbaren Vorstellung, Deutschland werde sich die Bergewaltigung nicht dauernd gefallen lassen und auf dieses Empfinden hin prüfen sie alle Neuerungen der deutschen Regierung, und alle Vorkommnisse in Deutschland. Die Schuldigungen für Hindenburg und Ludendorff haben in Paris großes Aufsehen erregt, und die derzeitige Propaganda für Einwohnerwehren, die nur inneren Zwecken dienen, haben Marshall Foch zu einem Schreiben an den Obersten Rat veranlaßt, in dem er auf die Gefahr der „unaufhörlichen“ deutschen Künste für den Weltfrieden hinweist, die aus den Anzeigen aller Zeitungen ersichtlich seien. Deshalb will man auch die deutschen Kriegsgefangenen solange als möglich zurückhalten. Ueberhaupt besteht die französische Absicht darin, unsere Gefangenen so fern sie sich den Plänen der Nationalisierung widersetzen, den französischen Haß in seiner ganzen Heftigkeit spüren zu lassen. Ein Schweizer, der im französischen Landwirtschaftsministerium beschäftigt war, hat im Beisein des Verfassers dieses Aufsatzes die Ansicht ausgesprochen, daß er den Eindruck habe, daß Frankreich und die Entente Deutschland gar nicht wirtschaftlich wiederaufkommen lassen wollen, denn die ganze Arbeit der Franzosen gehe auf Schikanen hinaus. Als die in diesem Ministerium bezüglich der Wiederaufbaufrage beschäftigten Schweizer den ganz natürlichen Vorschlag gemacht hätten, für die deutschen Arbeiter müßten doch Barracken im Aufbaugelände errichtet werden, habe es geheißen, die sollen in Zelten schlafen. Das ist der französische Haßgeist, der nicht zu überwinden ist.

Zur äußeren Lage. Vom Obersten Rat.

Paris, 2. Dez. Der Oberste Rat versammelte sich heute unter dem Vorsitz von Clemenceau. Er hat neuerlich die Frage der Zuteilung der Gruben von Beck in Ungarn geprüft, deren Ausbeutung die südslawische Regierung für sich beansprucht. Der Oberste Rat teilt diesen Standpunkt nicht. Er beschloß, daß die Ausbeutung dieser Gruben dem Organisationskomitee der Wiedergutmachungskommission übergeben werde, daß die Verteilung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des südslawischen Staates vorzunehmen werde. Der Rat beschäftigte sich auch mit dem Modus, der Polen die Verwaltung der militärischen besetzten Gebiete westlich der früher bestimmten Linie erlauben würde. Der Rat setzte auch die Prüfung der Frage über die Zuteilung deutscher Schiffe fort. Marineminister Behgues nahm an den Verhandlungen teil. Der Grundsatz der allgemeinen Demontierung der deutschen Kriegsschiffe wurde aufrecht erhalten. Endlich hat der Oberste Rat beschlossen, daß die deutschen U-Boote das gleiche Schicksal wie die übrige Flotte erleiden, d. h. sie werden zerstört werden mit Ausnahme von zehn Einheiten, die Frankreich übergeben werden sollen.

Zusammenarbeit der gegenrevolutionären Parteien in Rußland.

Paris, 2. Dez. Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Riga telegraphiert, man habe bei Oberst Vermont in Mitau Briefe und Papiere gefunden, die den Beweis lieferten, daß er im Einverständnis mit Koltshak, Denikin und Judenitsch gehandelt habe. Ein Brief des Generals Judenitsch teilt dem

Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.
Betr. Zusammenlegung der Bezirksfarrenschaubehörde.
Nach der vom landwirtschaftlichen Bezirksverein bezw. der Amtsversammlung vorgenommenen Wahl der Mitglieder der Farrenschaubehörde wurden bestellt für die Zeit vom 1. Mai 1919 bis 30. April 1922:
a) ordentliche Mitglieder:
Oberamtsarzt Pfeiffer als Vorsitzender,
Schultheiß a. D. Hanielmann in Liebelsberg als dessen Stellvertreter, Gemeindepfleger Dongus in Dedenspfraun.
b) als Stellvertreter:
Gemeinderat Kopp in Mötlingen,
Schultheiß Bräher in Oberkollwangen,
Gemeinderat Seeger in Neubulach.
Calw, den 28. November 1919. Oberamt: G. S.

Oberamt Calw.
Betr. Kleinkinderpflegkurs.
Aus Anlaß des 3. Zeit in Neubulach stattfindenden Kleinkinderpflegkurs findet am Freitag, den 5. Dezember 1919, nachmittags von 2-5 Uhr im Rathausaale in Neubulach eine Ausstellung der im Kleinkinderpflegkurs in Neubulach angefertigten Gegenstände statt. Jedermann ist herzlich eingeladen. Eintritt frei.
Calw, den 2. Dezember 1919.
Oberamtmann: G. S.

Obersten mit, daß er (Judenitsch) aus politischen Gründen gezwungen sei, eine Proklamation gegen Vermont zu erlassen, um ihn als Vertreter an seinem Lande anzulagen, daß er aber diese Anklage nicht ernst nehmen solle. Man habe auch Briefe und Papiere gefunden, die bewiesen, daß Denikin, Koltshak und Vermont ein gemeinsames militärisches und politisches Programm gehabt haben.

Belgiens Anspruch auf deutsches Gebiet.

(W.B.) Brüssel, 2. Dez. Der Senator Halod ist in Maaßen gekommen, um die Verhandlungen mit der deutschen Regierung betreffend Abtretung der Gebiete von Moresnet und der Bezirke von Eupen und Malmédy an Belgien vorzubereiten.

Generalkstreik in italienischen Großstädten.

Rom, 3. Dez. (Stefani). Infolge einiger kleiner (8) Zwischenfälle, die sich am Montag Abend in Rom ereigneten, wurde in Rom, Mailand und Florenz der Generalkstreik erklärt. Der Streik war besonders gestern Nachmittag allgemein. Der Ausstand gab in den 3 genannten Städten Anlaß zu patriotischen Kundgebungen. Ueberall bildeten sich Umzüge, wobei Hochrufe auf Italien und den König ausgebracht wurden. Um Störungen zu vermeiden, hat die Polizei die Umzüge schließlich verboten. Zwischenfälle waren bis gestern Abend nicht gemeldet. Nur in Mailand wurden im Verlaufe eines Zusammenstoßes zwei Manifestanten getötet und zahlreiche Personen verletzt.
Rom, 3. Dez. Der Streik dauert ohne ernste Zwischenfälle weiter. Zu einigen vereinzelt Kundgebungen kam es gestern Morgen. Da die Typographen sich der Bewegung angeschlossen haben, sind die Zeitungen gestern Abend und heute früh nicht erschienen.

Von der Washingtoner Arbeitskonferenz.

Washington, 2. Dez. Die Internationale Arbeitskonferenz führte gestern ihre Arbeiten zu Ende. Eine lebhafteste Auseinandersetzung entspann sich über die Zusammenlegung des Direktionsausschusses, von dessen 24 Mitglieder 20 Vertreter europäischer Staaten seien. Besonders waren es die Vertreter Süd Amerikas, die eine bessere Vertretung verlangten. Gleichzeitig richteten sie einen Appell an die europäischen Delegierten, die außereuropäischen Länder wirksam zu unterstützen. Die Erörterung der Klauseln bezüglich der landwirtschaftlichen Arbeiter wurde auf die nächste Tagung verschoben. Es wurde den versammelten Delegierten noch mitgeteilt, daß das internationale Arbeitsamt seinen Sitz vorerst in London nehmen werde, wo auch das Sekretariat des Völkerbunds vorübergehend seinen Sitz aufschlagen werde. Es wurden zwei Delegierte bestimmt die mit dem Generaldirektor des internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas und dem Generalsekretär der Konferenz die Organisation dieses Arbeitsamtes sofort in die Wege leiten sollen. Die nächste Sitzung des Direktionsausschusses findet in Paris am 24. Januar 1920 statt.

Amerika und Mexiko.

(W.B.) Amsterdam, 2. Dez. Wie dem „Handelsblad“ aus Washington gemeldet wird, hat die amerikanische Regierung an die mexikanische eine neue Note gerichtet, in der sie darauf hinweist, daß ihre beiden früheren Noten durch die mexikanische Regierung mit systematischer Gleichgültigkeit behandelt worden seien und daß sie das Gefühl habe, daß die Regierung von Mexiko mit den Amerikanern Spott treiben wolle. — (Wenn die Mexikaner ihr Recht vertreten, so heißt das bei den Amerikanern, man treibe mit ihnen „Spott“. Man muß sagen, die Sache wird ausgezeichnet eingefädelt.)

Deutschland. Der Entwurf des Reichskapitalertragssteuergesetzes.

Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Kapitalertragssteuergesetzes zugegangen. Nach dem Entwurf wird von den Erträgen aus Kapitalvermögen eine Reichsteuer erhoben. Steuerpflichtig sind die Erträge aus inländischen wie aus ausländischen Kapitalanlagen. Da die Steuer eine Ertragssteuer ist, so kommt ein Abzug für Schuldzinsen oder Werbungskosten nicht in Betracht. Nur von Erträgen der ausländischen Kapitalanlagen kann die auf dem Verträge ruhende Auslandssteuer abgezogen werden. Vereinbarungen, wonach der Schuldner die Steuer zu Lasten des Gläubigers übernimmt, sind nichtig. Die Steuer beträgt 10 Prozent. Bei kleinen Rentnern wird unter gewissen Bedingungen die Kapitalertragssteuer zu 1/2 auf die Einkommensteuer angerechnet. Das Gesetz soll am 1. März 1920 in Kraft treten.

Der Gesetzentwurf der Reichseinkommensteuer.

Der der Nationalversammlung zugehende Gesetzentwurf einer Reichseinkommensteuer läßt die erste 1000 M eines jeden Gesamteinkommens vollkommen frei. Die Steuerläge für den 1000 M übersteigenden Teil steuerbaren Einkommens sind gestaffelt. Sie betragen 10 Prozent für die ersten angefangenen oder vollen 1000 M des steuerpflichtigen Einkommens, von da ab 11 Prozent für die nächsten angefangenen oder vollen 1000 M; von da ab für jede weitere 1000 M des steuerpflichtigen Einkommens bis 15 000 M erhöht sich der Tarif um je 1 v. H. Für Beträge über 500 000 M beträgt der Steuersatz 60 v. H. Das Prinzip der Steuererfassung an der Quelle wird für Personen angewandt, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen. Der Arbeitnehmer hat bei der Lohnzahlung 10 Prozent des baren Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzuhalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerklasse des Arbeitnehmers einzuliefern und zu entwerfen. Der Arbeitnehmer kann die eingeklebten und entwerteten Stempelmarken wie bares Geld auf seine Steuerlast einziehen. Das Gesetz soll am 1. April 1920 in Kraft treten.

Madenfen in Deutschland.

(W.B.) Berlin, 2. Dez. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, trifft Generalfeldmarschall v. Madenfens von Kassel kommend, morgen vormittags 9.21 Uhr auf dem Anhalter Bahnhof ein. Der Feldmarschall wird sich noch nur mehrstündigem Aufenthalt in Berlin nach Pommern weiter begeben. Es findet ein militärischer Empfang und Begrüßung am Anhalter Bahnhof statt.

(W.B.) Kassel, 2. Dez. Generalfeldmarschall v. Madenfens ist heute morgen 8 1/2 Uhr hier eingetroffen und hat sich nach Wilhelmshöhe begeben, wo er im Schloßhotel eine Tagelohnung nimmt.
* Berlin, 3. Dez. Wenn Feldmarschall Madenfens, so schreibt der „B. L.-M.“, heute in die Hauptstadt des Deutschen Reiches zurückkehrt, dann soll er dessen gewiß sein, daß es wieder aufwärts in Deutschland geht. — Die „D. Tagesztg.“ erfährt, daß die verwandten Madenfens dem Feldmarschall einen goldenen Ehrenkranz überreichen werden. — Madenfens ist, schreibt das Blatt, in seinem Handeln ein Vorbild, an dem gerade unser so tief gesunkenes Volk sich aufzurichten und moralisch stärken kann.

Die Versorgungslage Deutschlands.

Berlin, 3. Dez. Aus Dresden wird dem „Berliner Lokalan“ berichtet, der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz habe der Presse mitgeteilt, daß die Brotversorgung Deutschlands bis über den März n. J. hinaus gesichert sei, die Fleisch- und Fettversorgung mindestens bis in die zweite Hälfte des Frühjahrs hinein. Ferner habe er mitgeteilt, daß eine großzügige Verknüpfung des Schiebertums in Sachsen in die Wege geleitet worden sei.

Zur Lage auf den Hamburger Werften.

Hamburg, 2. Dez. Auf der Vulkanwerft fanden vormittags und nachmittags Besprechungen des Arbeiterrates mit der Direktion statt. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. Bei der Deutschen Werft Hamburg-Finkenwerder wurde gestern auf Antrag der Arbeiterschaft mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Bei der Werft von Blohm und Voß soll der gleiche Antrag gestellt worden sein.

Hamburg, 2. Dez. Vormittags fand im Gewerkschaftshaus eine Verarbeiterversammlung statt. Ein mehrheitssozialistisches Mitglied des Arbeiterrates der Werft führte aus, daß nicht eine Partei, sondern die Anarchie dort herrsche. Der Zustand sei von unverantwortlichen Hegemonen und Schreibern herbeigeführt worden. Ein Vertreter der U.S.W. sagte, die Diebstähle hätten in erschreckendem Maße zugenommen; die Arbeitslosigkeit hätte in demselben Maße abgenommen. Deshalb sei der Entschluß der Geschäftsleitung zur Schließung des Betriebes natürlich. Es ließe sich wohl ein Altkorrespondenzsystem finden, das menschenwürdig sei und auskömmliche Löhne sichere. Die Geschäftsleitung machte für die Wiederaufnahme der Arbeit zur Bedingung, daß auf der Vulkanwerft dieselben Arbeitsbedingungen eingeführt werden, wie auf den anderen Werften. Alle Arbeiter sollten zwar nicht wieder eingestellt werden, aber doch die Mehrzahl. Die Versammlung nahm mit überwiegender Mehrheit eine Entschließung an, in der dem bisherigen Betriebsrat das Vertrauen ausgesprochen und er beauftragt wurde, in Verbindung mit den Gewerkschaften eine möglichst günstige Regelung der Angelegenheit zu erstreben. Hierzu ist zu bemerken, daß die Wertgeschäftsleitung es abgelehnt hat, neue Kommissionen zu empfangen, und nur mit dem bisherigen Betriebsrat verhandeln will.

Alter deutscher Geist.

* Berlin, 2. Dez. (Brinatteleg.) Der „B. L.-M.“ veröffentlicht einen Aufruf der zurückgehaltenen Scapa Flow-Besatzungen und Flieger an die Heimat, in der es u. a. heißt: Wird Deutschland im Interesse unserer Heimsendung gezwungen werden, schmachvolle Bedingungen zu unterzeichnen, so wollen wir alle Mann für Mann weiter das Los der Kriegsgefangenschaft tragen. Dann tun wir weiter unsere Pflicht für unser geliebtes Vaterland, für unsere Heimat, für Deutschland, Deutschland, Deutschland über alles. (Siehe auch den lokalen Teil.)

Der dritte Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen.

In den nächsten Wochen sollte der mit so großer Spannung erwartete dritte Band der Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen beim Cotta'schen Verlag in Stuttgart ausgegeben werden. In diesem Band sind eine Anzahl von Briefen des früheren Kaisers enthalten. Von Seiten der Vertretung des Kaisers ist nun beim Landgericht Stuttgart der Antrag gestellt worden, die Ausgabe des dritten Bandes der Gedanken und Erinnerungen Bismarcks zu verbieten, da nach dem Urheberrecht an Briefen eine rechtliche Grundlage für die Verweigerung der Veröffentlichung vorliegt. Das Landgericht hat einstweilen verfügt, daß die Ausgabe des dritten Bandes von Bismarcks Werk verboten ist. Die Angelegenheit ist damit aber noch nicht erledigt, eine endgültige Entscheidung wird das Oberlandesgericht in allernächster Zeit zu treffen haben.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. Dezember 1919.

Beförderung.

* Den Charakter des Oberleutnant erhält der Major a. D. Karl Blaisch, im Frieden zuletzt Bezirksoffizier beim Landwehrbezirk Calw, während des Krieges zuletzt Kommandeur des Bürt. 1. Landsturm-Infanterie-Bataillons Stuttgart (XIII 2).

Zur Kirchengemeinderatswahl.

Im Interesse einer regen Wahlbeteiligung ist die öffentliche Besprechung der wichtigen Sache nur erwünscht. Auf die Einladungen in Nr. 278 und 280 möge erwidert werden, daß in der Einladung zu der kirchlichen Versammlung am 27. November ausdrücklich besagt war, „Zur Besprechung der Wahl und Aufstellung der Kandidatenliste“. Wer ein Interesse für die Kandidaten hatte, konnte sich einfinden und Vorschläge machen. Wenn bei kirchlichen Versammlungen künftig alle Richtungen und Stände zahlreich erscheinen und mitarbeiten, wird dies der kirchlichen Sache nur förderlich sein. Sodann wird die Notwendigkeit einer vertraulichen Vorbesprechung mit erfahrenen Männern völlig zugegeben. Es könnten hierfür die führenden Persönlichkeiten der politischen Parteien in Betracht kommen. Dieser Weg wurde aus der berechtigten Erwägung heraus nicht gewählt, daß nicht politische Rücksichten, sondern kirchliche Gesichtspunkte für eine Kirchengemeinderatswahl bestimmend sein sollten. So blieben nur die drei kirchlich orientierten Vereinigungen zu befragen. Einmal der Kirchengemeinderat selbst. Dieser hat beschloffen, von sich aus keinen Wahlvorschlag aufzustellen und der Wählerschaft die volle Freiheit der Wahl zu überlassen. Sodann die *Evangelische Volkshilfe*. Mit diesen wurde verhandelt. Drittens der *evang. Volksbund*. In einer Ausschüßung wurde ein Wahlvorschlag eingehend erwoogen und aufgestellt. Da aber der Volksbund in unserer Stadt noch nicht richtig organisiert ist, und noch nicht viele Mitglieder zählt, hätte es als eine Annahme erscheinen können, wenn der Volksbund die Vertretung der allgemeinen kirchlichen Interessen in der Öffentlichkeit in die Hand genommen hätte. So beschloß man, mit dem Wahlvorschlag zurückzuhalten und aus der öffentlichen kirchlichen Versammlung selbst Vorschläge entgegen zu nehmen. Es ist aber erfreulich, wenn die Erkenntnis durchdringt, wie notwendig zur Besprechung kirchlicher Fragen eine Vereinigung wie der Volksbund ist und wenn die in der nächsten Zeit einsetzenden Vorarbeiten für den Volksbund guten Erfolg hat und die verschiedenen Richtungen und Stände unserer Gemeinde sich zu gemeinsamer Arbeit auf kirchlichem Boden zusammenfinden. Schließlich möge noch ausdrücklich hervorgehoben sein, daß in der Versammlung von dem Leiter gesagt wurde, es sollen in den Wahlvorschlag außer den Männern, die bisher ihre Zeit und Arbeit dem Kirchengemeinderat gewidmet haben und neben der Frage, ob Frauen vorgeschlagen werden sollen, die Mitarbeit eines der beiden H. Organisten und Leiters des Kirchengesangsvereins und vor allem Vertreter aus dem Handwerker- und Arbeiterstand heringegenommen werden. Bemerkenswert wird noch, daß auf den Wahlzettel auch andere Namen eingeschrieben werden können. Es sind dann nur entsprechend mehr Namen zu streichen. Der bei der Wahl abgegebene Wahlzettel sollte nur 10 Namen enthalten. Dekan Zeller.

An unsere Heimat.

An Herrn Dekan Zeller erging aus einem deutschen Gefangenenlager in England folgende Erklärung: Die gefangenen Flottenbesatzungen und zurückgehaltene Piloten haben einen scharfen Protest an das englische Kriegsministerium gesandt, um den Heimtransport mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu erzwingen. Ein Aufruf an die Menschlichkeit unserer Feinde hat stattgefunden. Diese Propaganda erfolgt, um unseren Feinden

Volkswirtschaftliche Skizzen aus dem Schwarzwald.

(Fortsetzung.)
Von Dr. Frig Wolfenberger, Hirsau-Frankfurt a. M.
Im Oktober 1905 zählte man 50 Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern und diese beschäftigten 3708 Leute. Daneben bestanden noch 132 selbständige Meister, die teils dem Fabrikantum zuneigten, teils dem Verlagsbetrieb erlagen. Im Jahre 1882 war die Zahl der selbständigen Meister noch 1034 und diese erlagen fast alle der Großindustrie bis auf besagte 132 nach der Zählung im Jahre 1905. Die Heimarbeitler betragen 1905 1294.
Aber dennoch fragen wir, wenn wir heute auf die Uhrenindustrie hinsehen, ob es Zufall ist, daß die Schwarzwälder Uhrenindustrie als die vorbildlichste in ganz Deutschland es bis jetzt verstanden hat, den Streik von sich zu halten und immer wieder einen Weg der Verständigung und der gegenseitigen Gerechtigkeit zu finden, während andere Industrien im Reich, die oft weniger innere Schwierigkeiten hatten den Kopf und das Maß verloren. Der Bauernverband dieser Gegend ist es, der sie mit ihrem mit der Wirklichkeit verwechselten Sinn davor bewahrt, sich durch Hypotheken hinauslocken zu lassen auf das Glattels vorläufiger Versprechungen.
Auf unserer Wanderung hierher haben wir drei, ihrer inneren Struktur und ihrem Ursprünge nach ganz verschiedene Industrien kennen gelernt. Die Schmuckwaren-Industrie in Pforzheim nannten wir die Industrie des Fürsten, als von einem Fürsten aufgesproßt, erst mit Abneigung achtet, aber dann erwachsen und stark geworden. Die Calwer Zeugindustrie nannten wir die Industrie des Bürgers, wo ein talkräftiges Bürgertum mit weiser Staatsunterstützung den Erfolg zwang, während wir die Uhrenindustrie des Schwarzwaldes aus den besprochenen Gründen die Industrie des Bauern nannten. Jede dieser drei Industrien trägt innerlich ihre besondere Eigenart, eigentümlich ist ihnen allen ein gewisser Zug von Beharrlichkeit, der den Erfolg verbürgt. Was wir an Tüchtigkeit und inneren Gaben vorfinden, ist ein gutes Erbe, das uns überkommen ist und das uns die Gewißheit gibt, daß unsere Gegner Künste treiben mögen wie sie wollen, den

zu zeigen, daß mit allem Aufgebot gearbeitet wird gegen diese wärrerrechtswidrige, aller Rechtsgrundlage entbehrende Behandlung zu protestieren. Der Heimat aber tun wir kund. Wird infolge unserer Heimsendung Deutschland gezwungen, schwere, schmachvolle Bedingungen zu unterzeichnen, so wollen wir alle, Mann für Mann, weiter das Los der Kriegsgefangenen tragen. Dann tun wir weiter unsere Pflicht für unser geliebtes Vaterland, für unsere Heimat, für unser Deutschland, Deutschland über alles.

Die zurückgehaltene Scapa Flow-Besatzung und Piloten.

Die Stellenbesetzung bei den Jugendämtern.

* Ueber die Stellenbesetzung bei den Jugendämtern, die auf 1. April 1920 erfolgen soll, gibt der „Staatsanz.“ folgende Richtlinien: Der für jedes Jugendamt im Hauptamt zu bestellende Geschäftsführer oder die Geschäftsführerin soll im Hinblick auf die Vielseitigkeit der nötigen Kenntnisse akademische Vorbildung aufweisen. In erster Linie kommen deshalb hierfür Sociopolitiker, Pädagogen, Ärzte und dergl. in Betracht. Die Posten der Berufsvermünder, Sekretäre usw. sollen hauptsächlich den mittleren Verwaltungsbeamten, Notariatskandidaten usw., überhaupt Persönlichkeiten, die in der praktischen Arbeit sozialer Fürsorge tätig waren, offen stehen. Die Stellen der Bezirksfürsorge, deren Aufgabe die Beaufsichtigung der Säuglinge und Kleinkinder durch regelmäßige Bereisung des Jugendamtsbezirkes ist, erfordern eine umfassende Kenntnis der praktischen Säuglings- und Kinderpflege. Schließlich sollen die für die Jugendämter in großer Zahl erforderlichen, praktisch in der Kinder- und Jugendfürsorge erfahrenen Personen aus dem Mittelstand und der Arbeiterklasse gewonnen und soweit nötig für ihre Aufgaben ausgebildet werden. — Es empfiehlt sich, Bewerbungen — soweit sie nicht unmittelbar an eine örtliche Stelle (Stadtlichtheißenamt oder Oberamt) gerichtet werden, dem Landesjugendamt (Ministerium des Innern) zu übergeben.

Ueberteuerungszuschüsse für Notstandsarbeiten.

Die Frist für die Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen die nach den seitherigen Anordnungen mit dem 31. Dezember d. J. ablaufen sollte, ist bis zum 30. Juni 1920 verlängert worden. Die Zuschüsse werden nicht erhöht, sie werden aber unverkürzt ausbezahlt, wenn das Unternehmen bis zu dem genannten Endtermin vollständig ausgeführt ist. Wenn die Arbeiten bis zu diesem Tage nur teilweise ausgeführt sind, so wird der Zuschuß entsprechend gekürzt.

Aufruf an die Württemberger im Baltikum.

Das Ministerium des Innern erläßt im Staatsanzeiger an die Württemberger unter den Truppen im Baltikum einen Aufruf zur sofortigen Rückkehr. Unter Androhung des Verlustes der Staatsangehörigkeit wird zum Austritt aus den russischen Diensten aufgefordert. Gehört der Betreffende mehreren Bundesstaaten an, so verliert er durch den Beschluß der Reichsregierung die Staatsangehörigkeit in allen Bundesstaaten, wenn er der Anforderung nicht Folge leistet.

Entstehung und Bedeutung der Adventzeit.

ml. Der erste Adventssonntag, mit dem die christliche Kirche das Kirchenjahr beginnt, leitet gleichzeitig auch die Adventszeit ein. Die Bedeutung des Advents, der sich in der evangelischen wie auch in der katholischen Kirche auf vier Wochen erstreckt, während er in der griechischen Kirche sechs Wochen umfaßt, liegt in dem Gedanken einer eingehenden innerlichen Vorbereitung auf das hohe Fest der Geburt Christi, und alle Adventsgottesdienste haben daher auch ein ernstes und besonders feierliches Gepräge. Verstärkt wird dieser Charakter in der katho-

lischen Kirche noch durch das Verbot aller öffentlichen Lustbarkeiten und Hochzeitsfeiern während der Adventszeit, sowie durch den Fortfall jeder Instrumentalmusik beim Gottesdienst.

Die ersten Weihnachtsfeste der altchristlichen Kirche wurden noch ohne jede Vorfeier begangen, aber ziemlich bald tauchten besondere Adventsfeiern auf, deren früheste Spuren auf Ägypten weisen, wo schon in der ersten Zeit des Christentums eine Einleitungsfeier abgehalten wurde, an die sich höchstwahrscheinlich auch eine Fastenwoche angeschlossen hat. In Spanien soll die Kirche, wie Forschungen Ortsweins nachgewiesen haben, im vierten Jahrhundert vom 17. Dez. bis zum 6. Jan. eine Vorbereitungszeit eingesetzt haben, in deren Verlauf durch verschiedene kirchliche Zeremonien auf die Bedeutung der Vorbereitung hingewiesen wurde. Hundert Jahre später führte auch in Frankreich der Bischof Caesarius von Arles, der im 5. Jahrhundert gelebt hat, eine weihnachtliche Vorbereitungsfeier in seiner Diözese ein. Wann die Feier der Adventszeit in Deutschland ihren Eingang gefunden hat, läßt sich nicht mehr mit Sicherheit feststellen. Doch muß es jedenfalls verhältnismäßig spät gewesen sein, da auf der Synode zu Mainz, die im Jahre 813 stattgefunden hat, die Adventszeit noch nicht erwähnt wurde. Da man indessen kurze Zeit danach den Beginn des Kirchenjahres mit dem Weihnachtsfest zusammenfallen ließ, kann man annehmen, daß damit auch in Deutschland der Advent eingeführt worden ist.

Die Zeit der Adventssonntage, die von den beiden im 4. Jahrhundert lebenden lateinischen Kirchenvätern und Heiligen Hieronymus und Ambrosius auf fünf bzw. sechs festgesetzt worden war beschränkte Papst Gregor der Große im 6. Jahrhundert auf vier, und zwar deshalb, weil durch diese Zahl die Menschheit an die vier Jahrtausende erinnert werden sollte, die seit der Erschaffung der Welt bis zur Geburt des Heilandes verfloßen waren. Früher hatte man den Advent manchmal auch schon zu Martini, also am 10. November beginnen lassen, und weil in dieser Woche viel gefastet werden mußte, wurde die Adventszeit oft auch als Martinifast bezeichnet.

Reutlingen, 2. Dez. Der seit 18. v. Ms. hier begonnene Kursus für Säuglings- und Kinderpflege geht im Laufe der Woche zu Ende; die Beteiligung hieran war mit Rücksicht auf die Herbstzeit und sonstige landwirtschaftliche Arbeiten etwas gering, doch beteiligten sich 14 Frauen und Mädchen der Kirchspielsgemeinden. Der Kurs fand meistens nur in den Mittagsstunden statt; die Lehrerin, Frau Doktor M o l t, wußte ihre Schülerinnen durch einschlägiges Material recht zu fesseln. Neben dem theoretischen Unterricht wurde namentlich das Schneiden von allen möglichen Kinderartikeln unter Benützung auch der kleinsten Flechtchen gelehrt. Die Schülerinnen haben sich gewiß auf dem so wichtigen Gebiet Kenntnisse angeeignet, die ihnen zum Nutzen dienen werden. Am Freitag nachmittag wird eine kleine Ausstellung der Arbeiten auf dem Rathaus aufgelegt sein, die auch für Auswärtige von Interesse sein dürfte. Mögen auch andere Gemeinden sich der segensreichen Einrichtung bedienen.

St. M., 29. Nov. Den städtischen Beamten, Unterbeamten und Arbeitern ist von der Ortsarmenbehörde eine Beschaffungszusage erteilt worden, die für Verheiratete 500 M., für Ledige über 21 Jahre 300 M. und für Ledige unter diesem Alter 200 M. beträgt. Jedes Kind bis zum 17. Lebensjahre erhält 150 M. Schreibgehilfen bekommen 400 M. bis 200 M. Die Gesamtaufwendung hierfür beträgt 712 000 M. Hiervon können 300 000 M. aus vorhandenen Mitteln, der Rest durch eine Erhöhung von Gas- und Strompreisen gedeckt werden. Das Gas kostet künftig 56 M. der Lichtstrom 1 M. und der Kraftstrom 50 S.

Druck und Verlag der A. Hölzlger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltsmann, Calw.

zusammensetzen und den Kern bilden für das kommende schwäbisch-alemannische Reich. Schon Zwingli wollte es unter der Fahne eines eigenen Glaubens gründen, mit Zürich — Augsburg — Straßburg als Stützpunkten. Was wir unten in den Tälern nicht wissen können, hier oben wird es uns klar, was alemannisch heißt. Während in den Tälern aus den steinernen Wästen und den zementierten Menschenringmaschinen der Städte das verlorene Gesicht der Entscholten heraufsteht, der ewigen Sucher und Irren, die nicht wissen, nach was sie verlangen, während der Geist ihrer alles zermahlenden Wellen in Gestalt von Ritzsch und Gips bis in diese Täler heraufbrandet, sind wir hier oben auf einer wahren Hochburg dessen, was wir meinen. Selbstbewußt, schlicht und gewaltig steht hier Hof an Hof, jeder einzelne wie mit Notwendigkeit aus seiner Umgebung herausgewachsen und mit ihr verwachsen. Breit und behäbig sonnen sie ihr taubengraues Gefieder in der Sonne. Jeder Hof hat deutlich alles eigen, das Haus, die Markung, das Vieh, das Innenleben und nur der Kirchhof, die Kirche und das Wirtshaus am Eck ist allen gemeinsam. Aus Felsen und Wald ist der Hof gebaut. Der Grund ist aus Steinen, die Wände aus Holz mit Holzschindeln getäfelert, das wacklige Dach aus Stroh und Schindeln in der Farbe des Wetters. Nach schwäbisch-alemannischer Sitte schauen die zahlreichen Fenster der vorderen Stube freundlich und einladend gegen die Straße her. Der Bauer will sehen, was auf der Straße vorgeht und läßt sich auch selber nähertreten. Die blaugrünen Wälder, die aus den Tälern heraufsteigen, die grüngelben Wiesen, die taubengrauen Dächer der Höfe verschwimmen in der Mittagssonne mit dem Glockenklänge der weibenden Herden zu einem einheitlichen, warmen Bilde. Vor Jahren und Überjahren haben wir das schon einmal erlebt, vor Generationen und Übergenerationen waren wir schon einmal hier. Gewiß, die Stimme unseres Vaters kauft uns nicht. Hier ist unsere schwäbisch-alemannische Heimat, von der wir in dem peiniglich zermahlenden Gefinnungszement und Einheitsstaub der Täler nur spärliche Aehren noch entdecken können.

Schluß folgt.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
 Am Donnerstag, den 4. Dezember, vormittags von 8-10 Uhr Verkauf von roten Rüben auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8. Preis 15 Pfg. das Pfd. Nachmittags von 2-4 Uhr Verkauf von gelben Rüben. Preis 15 Pfg. das Pfd. Ausgabe der roten Rüben unter dem Rathaus, der gelben Rüben im früheren Consumvereinskeller, in der Badgasse.
 Am Freitag, den 5. Dezember, vormittags von 8-12 Uhr, Kartoffel-Verkauf auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 8. Preis 15 Mk. der Ztr. Abgabe im Keller der Wanderarbeitsstätte.

Calw.
 Die hiesige Bevölkerung wird wiederholt dringend ersucht - soweit noch nicht geschehen - den reiflichen
Bedarf an Kartoffeln
 am Freitag vormittags auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 anzumelden. Wer die Anmeldung unterläßt, hat keinen Anspruch auf spätere Belieferung.
 Calw, den 2. Dezember 1919.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Stockholz= Verkauf.
 Am Samstag, den 6. Dezember 1919, nachmittags 1/2 Uhr kommen im Walde „Zimmer“ (Würzbach)
120 Raummeter Stockholz
 zum Verkauf. Nähere Auskunft im
 Gasthaus zum „Löwen“, Würzbach,
 Suche sofort einige **Stockholz zu kaufen.**
 Waggon (event. auch kleinere Posten)
 Angebote erbitte franko (Waggon oder Station) Verladebahnhof
 Fritz Geiser jun., Mürtingen a. N.

V. Teufel, Dentist,
 Weilderstadt Marktplatz, Telefon 55.
 empfiehlt ganze u. teilweise Gebisse, Kronen u. Brückenarbeit, Stützähne, Plombieren jed. Art, Reparaturen, schmerztlindernd. Zahnziehen.
 Mässige Preise.
 Sprechstunden täglich von 9-6 Uhr
 Sonntags von 11-2 Uhr.

Überverkalkung, Schwindelanfälle,
 Herzbeschwerden, Angst- und Schwächezustände
 Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre.
 Dr. Gebhard & Cie., Berlin W 35,
 Potsdamer Str. 104a.

4 tüchtige Holzmacher
 suchen
 Gg. Gengenbach Söhne, Sägewerk,
 Dillweizenstein, Telefon Nr. 372.

Mädchen-Gesuch.
 Wegen Verheiratung des seligen, suche ich ein fleißiges, ehrliches Mädchen nicht unter 20 Jahren für Küche und Haus
 Frau Carl Herzog Wwe.,
 Eisenhandlung.
 Calw.

Allein-vertretung!
 eines leicht absehbaren, hohen Gewinns bringenden Artikels (patentiert und in jedem Haushalt begehrt) an Expansionsgeschäft oder Eisenhandlung
 zu vergeben.
 Häufiger wegen hohe Provision gesucht. Angebote unter S. 6677 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Stuttgart Nr. 5.

Die neue Farbohnermasse
 gibt schöne neue Fußböden.
Ritterdrogerie Calw.

Suche ein braves, kräftiges **Mädchen**
 für häusliche Arbeiten. Gehalt 30-50 Mk. Eintritt nach Ueber-einkunft.
 Conditorei und gem. Waren-geschäft Th. Vozenhardt,
 Bismarckheim b. Heilbronn.

Gesucht zweites Mädchen
 für Kinder, welches schon in ähnlicher Stellung war, nicht unter 20 Jahren.
 Zeugnis und Gehaltsansprüche an Frau Fabrikant S. Volz,
 Ehlingen a. Neckar, Mettinger-strasse 11.

1 Hausmädchen
 wird bei gutem Lohn und guter Verpflegung gesucht.
 Bahnhofswirtschaft
 Wörzheim.
 ? Wie ? man aus der Handchrift Charakter, Gemütsstimmung, seel. Zust. u. a. erkennt, lehrt geg. 4 H in
 Nr. D. Leus, Schoppeim 32, Bd.

Deutsche demokratische Partei Calw
 Freitag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr,
 im Saale der Brauerei Dre.ß
Vortrag
 von Stadtpfarrer Lamparter, Stuttgart, über
„Staat und Kirche“
 und die Bedeutung der bevorstehenden
 Kirchengemeindevahlen.
 Sieht ist Jedermann, insbesondere auch die Frauen, herzlichst
 eingeladen.
 Der Ausschuss.

KAFFEE
 in billigen wie besten Sorten, roh und jede Woche frisch gebrannt empfiehlt
 bestens **C. Serva.**
 Telefon 120.

Kropf! Dicken Hals!
 beseligt Apotheker Rathelhubers **Kropfgeist!**
 Gleichzeitige Anwendung meines Kropfpulvers erhöht und beschleunigt die Wirkung.
 Preis des Pulvers Mk. 3.-
 Preis des Kropfgeistes Mk. 4.80
 Porto und Packung extra!
 Allein durch
 Hofapotheke Hechingen
 Hohenz.

Alle Hausfrauen
 kaufen Triumph-Möbel-Putz
„Wunderschön“
 Stets staubfreie, prachtvolle Möbel. Zu haben bei
 Gg. Pfeiffer, Col.

Schreiner!
 Für allereinfachste Eichen roh, innen buchen furnierte
Möbel
 ohne Gläser bezahle ich und bestelle jedes lieferbare Quantum bei prompt. Bezahlung:
 Bettstellen, Paar 425 Mk.
 Waschkommode 200 Mk.
 Nachtsch. Paar 200 Mk.
 Schrank, 180 breit, ohne Schubh. 800 Mk.
 Beschläge sowie ein Teil des Leims können event. geliefert werden.
 Bei Angeboten wird um Angabe ersucht, welcher Artikel und wieviel monatlich geliefert werden.
 Angebote unter **Kriegermöbel** Nr. 20 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Für 20 Monate alten, gesunden **Kosthaus**
 gesucht. Näheres bei Frau Seidelmaier, Badstraße 3431.
(Hausierer (innen) Reisefrauen)
 zur Mitnahme von Kleidungsstücken, Hüfen, Planeten, Unterteilen gesucht.
 Näheres durch die Geschäftsstelle des Blattes.

Auf diese Marke
 muss jeder Pferdebesitzer achten! Sie ist das Garantie-Zeichen für die echten, altbewährten **Leonhardt'schen Original-H-Stollen**
 Stets scharf bis z. völlig Abnutzung. Qualität unerreicht, daher die billigsten. Jeder Stollen trägt die Marke 

Original-H-Stollen
 Stets scharf bis z. völlig Abnutzung. Qualität unerreicht, daher die billigsten. Jeder Stollen trägt die Marke 

25000-30000 Mk.
 auf gutes Objekt **auszuleihen.**
 Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Empfehle
 Birkenwasser (Dr. Dralle), Brennesselwasser, Bayrum, Eau de Quinine, Haarbalsam, Fl. Ceerseife, Zahnpasta, Kaliklora, Chlorodont, Pebeo, feine Hautcreme, Sommer-sprossengegenmittel, Puder, Parfümerien, Brillantinen, Ist. Pomaden, Barbinden, -Kämme und -Wasser. Artikel zur Nagelpflege, Stirn- und Haubennetze, Haar- u. Lockennadeln, Haar- und Zahnbürsten, Kämme und Spiegel usw.
J. Odermatt
 Parfümeriegeschäft, beim Bahnhof.

Gut erhaltenes **Pianino** oder **Flügel**
 aus Privatbesitz zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 33 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Pianino,
 Nussbaum, in Ton und Bau wie neu, verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Achtung!
Für Brautleute!
 Habe 2 noch wie neue compl. **Betten**
 zu verkaufen.
 Hartholz, vollert, Sprungfederrost, Stiel, Wollmatrasen, Flaum-Decken und -Kissen.
 Schriftliche Angebote unter Nr. 101 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Einen gut erhaltenen **Militär-Mantel**
 hat zu verkaufen.
 Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Militär-Schnürschuhe,
 guterhalten oder neu, sucht im Auftrag zu kaufen.
 Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine guterhaltene **Nähmaschine**
 wird zu kaufen gesucht
 Gottlieb Volz, Monteur,
 Altmaach.

Einen bereits neuen **Korbwagen**
 zu verkaufen
 W. Glück, Vorstadt 286.

Einen gebrauchten, guterhaltenen **Ofen**
 sucht zu kaufen
 Andreat, Hirfau.

Christbaumschmuck
 in reicher Auswahl,
Bilderbücher,
Puppen.
 Spar- und Consumverein.

Das Beste Weihnachtsgeschenk
 ist ein gutes Buch!
 Ich empfehle mein reichhaltiges Lager in
Jugend- u. Unterhaltungsschriften.
 Vorrätig sind die
 Neu-Erscheinungen der bekanntesten Schriftsteller.
 ferner in Blocks, Mappen und
 übschen Ausstattungen,
Briefpapiere,
 Schreibwaren für jeden Bedarf,
 Briefordner, Geschäftsbücher,
 Lederwaren, Albums, Gesangbücher,
 gerahmte und ungerahmte Bilder,
 sowie sonstige.
passende Weihnachts-Geschenke,
 Glückwunschkarten für Weihnachten und Neujahr.
Emil Georgii.

Nähmaschinen
 aus den ersten deutschen Fabriken stammend, empfehle zu noch vorteilhaften Preisen in den mannigfachsten und modernsten Ausführungen, passend für Gewerbe und Haushalt. Vorrat etwa 100 Stück. Weitgehende Garantie. - Preislisten stehen zu Diensten. - Besuch lohnend. -
Maschinen-Handlung u. Reparatur-Werkstätte
Jos. Kochelse,
 Bittelbronn OA. Horb, Station Bittelbronn.

Wegen Umzug ist preiswert zu verkaufen:
 1 runder Zimmertisch ca. 90 cm Durchmesser,
 1 Tisch ohne Schublade ca. 0,70 m brt. 1,30 m lg.,
 1 Waschtisch mit 2 Türen, oberen Schubladen, gestrichel. Platte mit Aufsatz, 1 Kaffee- und 1 Eistisch ca. 0,80 m brt., 1,30 m lg. mit Schublade und Linoleumbelag, 1 Pult zum Aufstellen auf einen Tisch (ohne Füße).
 Näheres sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine sehr schöne 2 1/2 m hohe **Dracäne**
 hat wegen Platzmangel zu verkaufen
 Postsekretär Hiller,
 Bischoffstraße 499.

Geflügel-weichfutter
 ist wieder eingetroffen bei
 D. Jung,
 Landesprodukte.

Sehe meinen schönen, 18 Monate alten **Carren**
 zur Zucht geeignet,
 dem Verkauf aus
 Kugele, Martinsmoos.

Demnächst, Station Untereichenbach. Eine 26 Wochen trüchtige gute **Milch- und Schaf-**
Ruh
 und einen noch guterhaltenen
Leiterwagen
 50 60 Ztr. Tragkraft hat zu verkaufen
 Jakob Burkhardt.

Oberkollbach.
 Eine mit dem 2. Koll 35 Wochen trüchtige **Milch- und Fahr-**
Ruh
 verkauft **Milch. Volz.**

Eine ältere, 30 Wochen trüchtig **Ruh**
 hat zu verkaufen
 Joh. Kochhuf,
 Alzenberg.

Eine ältere, gute **Sahrluh**
 30 Wochen trüchtig, jetzt dem Verkauf aus
 Mina Maier Witwe,
 Simmshausen.

Ihr **Mohr verdirbt**
 wenn Sie ihm nicht die altbewährte huthsteinische **Mohr- und Wein-Sirung**
 zusetzen. Sie macht ihn monatelang haltbar. Alleinverkauf nur durch
Ritter-Drogerie
 Calw.